



Peter Meiwald
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Braune Spree: Grüne bekräftigen Braunkohleausstieg

Berlin, 28.08.2014

Peter Meiwald, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-78040
Fax: +49 30 227-780
Email : peter.meiwald@bundestag.de

Sieben bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete sind am 27. und 28. August auf Tour durch das Lausitzer Braunkohlerevier in Brandenburg und Sachsen. Mit dabei sind neben dem Fraktionsvorsitzenden ANTON HOFREITER und der klimapolitischen Sprecherin ANNALENA BAERBOCK der stellvertretende Fraktionsvorsitzende OLIVER KRISCHER, der sächsische Bundestagsabgeordnete STEPHAN KÜHN, die energiepolitische Sprecherin JULIA VERLINDEN, der umweltpolitische Sprecher PETER MEIWALD sowie der Umweltpolitiker MATTHIAS GASTEL.

Das Wasser des Vetschauer Mühlenfließes im Süden Brandenburgs ist eine undurchsichtige, rostbraune Brühe. Eigentlich sollte in diesem Lausitzer Spreezufluss klares Wasser fließen. Doch am Südrand des Biosphärenreservates Spreewald kommt seit Jahren ausgewaschenes Eisenhydroxid aus ehemaligen Braunkohletagebauen an. Der sogenannte Eisenocker setzt sich als Schlamm in den Gewässern der Region ab. Tiere und Pflanzen in den Flüssen sterben ab. Hinzu kommen Sulfateinträge, die in Ostbrandenburg bereits die Trinkwassergewinnung bedrohen. Irgendwann könnte auch das Trinkwasser der Millionenstadt Berlin gefährdet sein.

„So krass hatte ich mir das nicht vorgestellt“, sagt Peter Meiwald, Sprecher für Umweltpolitik der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Eisen- und sulfatbelastete Gewässer mit sterbender Tier- und Pflanzenwelt folgen dem Braunkohleabbau. Hier wird noch einmal eindrücklich erfahrbar, warum wir nicht nur aus klimapolitischen Gründen den Ausstieg aus der Braunkohle einleiten müssen“, führt Meiwald weiter aus.

Für Peter Meiwald ist klar, dass „von der Landtagswahl am 14. September in Brandenburg viel abhängt. Denn die Entscheidungen der Landesregierung zur Braunkohle haben Signalwirkung für die Klimapolitik in Deutschland und international. Wer den Klimaschutz ernst meint, darf keine neuen Tagebaue genehmigen.“